

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung

A. Zielsetzung

Das am 13. November 1979 von der Bundesregierung in Genf unterzeichnete Übereinkommen hat eine verstärkte Zusammenarbeit der Vertragsparteien bei der Bekämpfung der Luftverunreinigung einschließlich der grenzüberschreitenden Luftverunreinigung zum Ziel. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft beteiligt sich neben ihren Mitgliedstaaten als Vertragspartei am Übereinkommen.

Mit dem Vertragsgesetz sollen die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Ratifikation des Übereinkommens geschaffen werden.

B. Lösung

Das Übereinkommen sieht vor, daß sich die Vertragsstaaten bemühen, die Luftverunreinigung einzudämmen und soweit wie möglich schrittweise zu verringern und zu verhindern. Sie entwickeln im Rahmen dieses Übereinkommens Politiken und Strategien, die der Bekämpfung der Emission von luftverunreinigenden Stoffen dienen sollen. Dazu überwachen sie die Luftverunreinigung, tauschen Informationen untereinander aus, konsultieren sich gegenseitig und nehmen entsprechend ihrem Bedarf in bestimmten Bereichen Forschungsarbeiten auf, bei denen sie zusammenarbeiten. Bei der Emissionsminderung setzen sie die besten verfügbaren und wirtschaftlich vertretbaren Technologien ein. Der Durchführung dieses Übereinkommens dient ein Exekutivorgan, dem die Vertreter der Vertragsparteien angehören.

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Das Übereinkommen kann auf Grund des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721, 1193),

zuletzt geändert durch § 174 Abs. 5 des Bundesberggesetzes (BBergG) vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), des Gesetzes über die Errichtung des Umweltbundesamtes vom 22. Juli 1974 (BGBl. I S. 1505) und des Gesetzes über den Deutschen Wetterdienst vom 11. November 1952 (BGBl. I S. 738), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Deutschen Wetterdienst vom 23. Dezember 1959 (BGBl. I S. 796), innerstaatlich vollzogen werden.

Ein Austausch von Informationen und Ergebnissen aus Forschungsarbeiten über die Luftreinhaltung betreffende Fragen erfolgt bereits regelmäßig gemäß dem Mandat der Umweltberater (Senior Advisors on Environmental Problems) der ECE.

Eine Regelung der Konsultationen zwischen den Vertragsparteien bestand bisher nicht. Da Regelungen für den Fall einer fehlgeschlagenen Konsultation fehlen, wird die Handlungsfreiheit der Vertragsparteien nicht eingeschränkt.

Die Meßprogramme wird das Umweltbundesamt mit seinem Meßnetz durchführen.

Die für Konsultation und Informationstausch regelmäßig benötigten Daten werden vom Umweltbundesamt geliefert. Sollte die Bundesrepublik Deutschland in einem Sonderfall der Konsultation (Art. 5) anlagenbezogene Daten benötigen, wird es sich nur um solche Daten handeln, die den Länderbehörden durch das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren bekannt sind. In diesem Falle sind die Länder im Rahmen der Bundestreue gehalten, dem Bund diese Daten zur Verfügung zu stellen.

An dem bereits bestehenden „Programm über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa (EMEP)“ (Art. 9), dessen Durchführung und Weiterentwicklung das Übereinkommen fördern will, nimmt die Bundesrepublik Deutschland bereits teil. Die nach dem Arbeitsplan vorgesehenen Maßnahmen führt sie bereits im wesentlichen durch. Das EMEP hat schon zu einer Zusammenarbeit bei Überwachungsarbeiten der im Abkommen vorgesehenen Art geführt.

C. Alternative

keine

D. Kosten

Die Erfüllung der mit dem Übereinkommen übernommenen Verpflichtungen – vor allem die Durchführung von Messungen durch das Umweltbundesamt – erfordert einen zusätzlichen Aufwand des Bundes. Dieser Mehraufwand kann im Rahmen der im Finanzplan vorgesehenen Haushaltsmittel aufgefangen werden.

Soweit später aus dem Übereinkommen weitere Aufgaben erwachsen sollten, können diese voraussichtlich im Rahmen bereits bestehender Programme erfüllt werden. Da Programme und Maßnahmen nur bei Annahme durch die Vertragspartei für diese verbindlich werden, muß jeweils vor der dann notwendigen Entscheidung die Kostenhöhe und -trägerschaft festgestellt werden.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (33) – 235 24 – Üb 22/81

Bonn, den 2. Dezember 1981

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Übereinkommens in englischer, französischer und deutscher Sprache sowie die Denkschrift zu dem Übereinkommen sind gleichfalls beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 506. Sitzung am 27. November 1981 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzesentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 13. November 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Genf am 13. November 1979 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 16 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Das Übereinkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 16 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Übereinkommen
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung

Convention
on Long-Range Transboundary Air Pollution

Convention
sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance

(Übersetzung)

The Parties to the present Convention,

Les Parties à la présente Convention,

Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens –

Determined to promote relations and co-operation in the field of environmental protection,

Résolues à promouvoir les relations et la coopération en matière de protection de l'environnement,

gewillt, die Beziehungen und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu fördern;

Aware of the significance of the activities of the United Nations Economic Commission for Europe in strengthening such relations and co-operation, particularly in the field of air pollution including long-range transport of air pollutants,

Conscientes de l'importance des activités de la Commission économique des Nations Unies pour l'Europe en ce qui concerne le renforcement de ces relations et de cette coopération en particulier dans le domaine de la pollution atmosphérique, y compris le transport à longue distance des polluants atmosphériques,

im Bewußtsein der Bedeutung der Tätigkeiten der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa für die Verstärkung dieser Beziehungen und Zusammenarbeit, insbesondere auf dem Gebiet der Luftverunreinigung, einschließlich des weiträumigen Transports von luftverunreinigenden Stoffen;

Recognizing the contribution of the Economic Commission for Europe to the multilateral implementation of the pertinent provisions of the Final Act of the Conference on Security and Co-operation in Europe,

Reconnaissant la contribution de la Commission économique pour l'Europe à l'application multilatérale des dispositions pertinentes de l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe,

in Anerkennung des Beitrags der Wirtschaftskommission für Europa zur mehrseitigen Durchführung der einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa;

Cognizant of the references in the chapter on environment of the Final Act of the Conference on Security and Co-operation in Europe calling for co-operation to control air pollution and its effects, including long-range transport of air pollutants, and to the development through international co-operation of an extensive programme for the monitoring and evaluation of long-range transport of air pollutants, starting with sulphur dioxide and with possible extension to other pollutants,

Tenant compte de l'appel contenu dans le chapitre de l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe relatif à l'environnement, à la coopération en vue de combattre la pollution de l'air et les effets de cette pollution, notamment le transport de polluants atmosphériques à longue distance, et à l'élaboration, par la voie de la coopération internationale, d'un vaste programme de surveillance et d'évaluation du transport à longue distance des polluants de l'air, en commençant par le dioxyde de soufre, puis en passant éventuellement à d'autres polluants,

in Kenntnis der Hinweise in dem der Umwelt gewidmeten Kapitel der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in dem eine Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Luftverunreinigung und ihrer Auswirkungen, einschließlich des weiträumigen Transports von luftverunreinigenden Stoffen, und bei der Aufstellung eines umfassenden Programms zur Überwachung und Beurteilung des weiträumigen Transports von luftverunreinigenden Stoffen, beginnend mit Schwefeldioxid und möglicherweise später andere luftverunreinigende Stoffe einbeziehend, im Rahmen internationaler Zusammenarbeit gefordert wird;

Considering the pertinent provisions of the Declaration of the United Nations Conference on the Human Environment, and in particular principle 21, which expresses the common conviction that States have, in accordance with the Charter of the United Nations and the principles of international law, the sovereign right to exploit their own resources pursuant to their own environmental policies, and the responsibility to ensure that activities

Considérant les dispositions appropriées de la Déclaration de la Conférence des Nations Unies sur l'environnement, et en particulier le principe 21, lequel exprime la conviction commune que, conformément à la Charte des Nations Unies et aux principes du droit international, les Etats ont le droit souverain d'exploiter leurs propres ressources selon leurs propres politiques d'environnement et ont le devoir de faire en sorte que les activités exercées dans les limi-

im Hinblick auf die einschlägigen Bestimmungen der Erklärung der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen, insbesondere auf den Grundsatz 21, in dem die allgemeine Überzeugung ausgedrückt wird, daß die Staaten nach der Charta der Vereinten Nationen und den Grundsätzen des Völkerrechts das souveräne Recht haben, ihre eigenen Naturschätze gemäß ihrer eigenen Umweltpolitik zu nutzen, sowie die Pflicht, dafür zu sorgen, daß durch Tä-

within their jurisdiction or control do not cause damage to the environment of other States or of areas beyond the limits of national jurisdiction,

Recognizing the existence of possible adverse effects, in the short and long term, of air pollution including transboundary air pollution,

Concerned that a rise in the level of emissions of air pollutants within the region as forecast may increase such adverse effects,

Recognizing the need to study the implications of the long-range transport of air pollutants and the need to seek solutions for the problems identified,

Affirming their willingness to reinforce active international co-operation to develop appropriate national policies and by means of exchange of information, consultation, research and monitoring, to co-ordinate national action for combating air pollution including long-range transboundary air pollution,

Have agreed as follows:

Definitions

Article 1

For the purposes of the present Convention:

- (a) "air pollution" means the introduction by man, directly or indirectly, of substances or energy into the air resulting in deleterious effects of such a nature as to endanger human health, harm living resources and ecosystems and material property and impair or interfere with amenities and other legitimate uses of the environment, and "air pollutants" shall be construed accordingly;
- (b) "long-range transboundary air pollution" means air pollution whose physical origin is situated wholly or in part within the area under the national jurisdiction of one State and which has adverse effects in the area under the jurisdiction of another State at such a distance that it is not generally possible to distinguish the contribution of individual emission sources or groups of sources.

tes de leur juridiction et sous leur contrôle ne causent pas de dommage à l'environnement dans d'autres Etats ou dans des régions ne relevant d'aucune juridiction nationale,

Reconnaissant la possibilité que la pollution de l'air, y compris la pollution atmosphérique transfrontière, provoque à court ou à long terme des effets dommageables,

Craignant que l'augmentation prévue du niveau des émissions de polluants atmosphériques dans la région ne puisse accroître ces effets dommageables,

Reconnaissant la nécessité d'étudier les incidences du transport de polluants atmosphériques à longue distance et de chercher des solutions aux problèmes identifiés,

Affirmant leur résolution de renforcer la coopération internationale active pour élaborer les politiques nationales nécessaires et, par des échanges d'informations, des consultations et des activités de recherche et de surveillance, de coordonner les mesures prises par les pays pour combattre la pollution de l'air, y compris la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance,

Sont convenues de ce qui suit:

Définitions

Article 1

Aux fins de la présente Convention:

- a) l'expression «pollution atmosphérique» désigne l'introduction dans l'atmosphère par l'homme, directement ou indirectement, de substances ou d'énergie ayant une action nocive de nature à mettre en danger la santé de l'homme, à endommager les ressources biologiques et les écosystèmes, à détériorer les biens matériels, et à porter atteinte ou nuire aux valeurs d'agrément et aux autres utilisations légitimes de l'environnement, l'expression «polluants atmosphériques» étant entendue dans le même sens;
- b) l'expression «pollution atmosphérique transfrontière à longue distance» désigne la pollution atmosphérique dont la source physique est comprise totalement ou en partie dans une zone soumise à la juridiction nationale d'un Etat et qui exerce des effets dommageables dans une zone soumise à la juridiction d'un autre Etat à une distance telle qu'il n'est généralement pas possible de distinguer les apports des sources individuelles ou groupes de sources d'émission.

tigkeiten, die innerhalb ihres Hoheitsbereichs oder unter ihrer Kontrolle ausgeübt werden, der Umwelt in anderen Staaten oder in Gebieten außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche kein Schaden zugefügt wird;

in Anerkennung der Möglichkeit, daß die Luftverunreinigung, einschließlich der grenzüberschreitenden Luftverunreinigung, früher oder später schädliche Auswirkungen hat;

besorgt darüber, daß der voraussichtliche Anstieg des Emissionsniveaus von luftverunreinigenden Stoffen in der Region solche schädlichen Auswirkungen verstärken kann;

in Anerkennung der Notwendigkeit, die Folgen des weiträumigen Transports von luftverunreinigenden Stoffen zu untersuchen und sich um Lösungen für die aufgezeigten Probleme zu bemühen;

ihre Bereitschaft bekräftigend, die aktive internationale Zusammenarbeit zu verstärken, um eine angemessene nationale Politik zu entwickeln und durch den Austausch von Informationen, Konsultationen, Forschungs- und Überwachungsarbeiten die Maßnahmen der einzelnen Staaten zur Bekämpfung der Luftverunreinigung, einschließlich der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung, zu koordinieren –

sind wie folgt übereingekommen:

Begriffsbestimmungen

Artikel 1

Im Sinne dieses Übereinkommens

- a) bedeutet „Luftverunreinigung“ die unmittelbare oder mittelbare Zuführung von Stoffen oder Energie durch den Menschen in die Luft, aus der sich abträgliche Wirkungen wie eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit, eine Schädigung der lebenden Schätze und der Ökosysteme sowie von Sachwerten und eine Beeinträchtigung der Annehmlichkeiten der Umwelt oder sonstiger rechtmäßiger Nutzungen der Umwelt ergeben; der Begriff „luftverunreinigende Stoffe“ wird entsprechend ausgelegt;
- b) bedeutet „weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung“ Luftverunreinigung, deren physischer Ursprung sich ganz oder teilweise im Hoheitsbereich eines Staats befindet und die schädliche Auswirkungen im Hoheitsbereich eines anderen Staates in einer Entfernung hat, bei der es in der Regel nicht möglich ist, die Beiträge einzelner Emissionsquellen oder Gruppen von Quellen gegeneinander abzugrenzen.

Fundamental Principles**Article 2**

The Contracting Parties, taking due account of the facts and problems involved, are determined to protect man and his environment against air pollution and shall endeavour to limit and, as far as possible, gradually reduce and prevent air pollution including long-range transboundary air pollution.

Article 3

The Contracting Parties, within the framework of the present Convention, shall by means of exchanges of information, consultation, research and monitoring, develop without undue delay policies and strategies which shall serve as a means of combating the discharge of air pollutants, taking into account efforts already made at national and international levels.

Article 4

The Contracting Parties shall exchange information on and review their policies, scientific activities and technical measures aimed at combating, as far as possible, the discharge of air pollutants which may have adverse effects, thereby contributing to the reduction of air pollution including long-range transboundary air pollution.

Article 5

Consultations shall be held, upon request, at an early stage between, on the one hand, Contracting Parties which are actually affected by or exposed to a significant risk of long-range transboundary air pollution and, on the other hand, Contracting Parties within which and subject to whose jurisdiction a significant contribution to long-range transboundary air pollution originates, or could originate, in connexion with activities carried on or contemplated therein.

Air Quality Management**Article 6**

Taking into account articles 2 to 5, the ongoing research, exchange of information and monitoring and the results thereof, the cost and effectiveness of local and other remedies and, in order to combat air pollution, in particular that originating from new or rebuilt installations, each Contracting Party undertakes to develop the best

Principes fondamentaux**Article 2**

Les Parties contractantes, tenant dûment compte des faits et des problèmes en cause, sont déterminées à protéger l'homme et son environnement contre la pollution atmosphérique et s'efforceront de limiter et, autant que possible, de réduire graduellement et de prévenir la pollution atmosphérique, y compris la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance.

Article 3

Dans le cadre de la présente Convention, les Parties contractantes élaboreront sans trop tarder, au moyen d'échanges d'informations, de consultations et d'activités de recherche et de surveillance, des politiques et stratégies qui leur serviront à combattre les rejets de polluants atmosphériques, compte tenu des efforts déjà entrepris aux niveaux national et international.

Article 4

Les Parties contractantes échangeront des informations et procéderont à des tours d'horizon sur leurs politiques, leurs activités scientifiques et les mesures techniques ayant pour objet de combattre dans toute la mesure du possible les rejets de polluants atmosphériques qui peuvent avoir des effets dommageables, et ainsi de réduire la pollution atmosphérique, y compris la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance.

Article 5

Des consultations seront tenues à bref délai, sur demande, entre, d'une part, la ou les Parties contractantes effectivement affectées par la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance ou qui sont exposées à un risque significatif d'une telle pollution et, d'autre part, la ou les Parties contractantes sur le territoire et dans la juridiction desquelles un apport substantiel à la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance est créé ou pourrait être créé du fait d'activités qui y sont menées ou envisagées.

Gestion de la qualité de l'air**Article 6**

Compte tenu des articles 2 à 5, des recherches en cours, des échanges d'informations et des activités de surveillance et de leurs résultats, du coût et de l'efficacité des mesures correctives prises localement et d'autres mesures, et pour combattre la pollution atmosphérique, en particulier celle qui provient d'installations nouvelles ou transformées,

Grundprinzipien**Artikel 2**

Unter gebührender Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten und Probleme sind die Vertragsparteien entschlossen, den Menschen und seine Umwelt gegen Luftverunreinigung zu schützen; sie bemühen sich, die Luftverunreinigung einschließlich der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung einzudämmen und soweit wie möglich schrittweise zu verringern und zu verhindern.

Artikel 3

Die Vertragsparteien entwickeln im Rahmen dieses Übereinkommens durch Informationsaustausch, Konsultationen, Forschungs- und Überwachungsarbeiten ohne ungebührliche Verzögerung Politiken und Strategien, die der Bekämpfung der Einleitung von luftverunreinigenden Stoffen dienen sollen; dabei werden die Bemühungen berücksichtigt, die bereits auf nationaler und internationaler Ebene unternommen worden sind.

Artikel 4

Die Vertragsparteien tauschen Informationen aus und überprüfen ihre Politik, ihre wissenschaftlichen Tätigkeiten und technischen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Einleitung von luftverunreinigenden Stoffen, die schädliche Auswirkungen haben können, soweit wie möglich zu bekämpfen und dadurch zur Verringerung der Luftverunreinigung, einschließlich der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung, beizutragen.

Artikel 5

Zwischen Vertragsparteien, die von einer weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung tatsächlich betroffen oder durch eine solche Verunreinigung erheblich gefährdet sind, und Vertragsparteien, in deren Hoheitsbereich durch Tätigkeiten, die dort durchgeführt oder in Aussicht genommen werden, ein wesentlicher Beitrag zur weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung seinen Ursprung nimmt oder nehmen könnte, werden auf entsprechendes Ersuchen frühzeitig Konsultationen abgehalten.

Maßnahmen der Luftreinhaltung**Artikel 6**

Unter Berücksichtigung der Artikel 2 bis 5, der laufenden Forschungsarbeiten, des Austausches von Informationen und der Überwachung und ihrer Ergebnisse, der Kosten und der Wirksamkeit örtlicher und sonstiger Abhilfemaßnahmen und zur Bekämpfung der Luftverunreinigung, insbesondere der aus neuen oder umgebauten Anlagen stammenden, verpflichtet

policies and strategies including air quality management systems and, as part of them, control measures compatible with balanced development, in particular by using the best available technology which is economically feasible and low-and non-waste technology.

chaque Partie contractante s'engage à élaborer les meilleures politiques et stratégies, y compris des systèmes de gestion de la qualité de l'air et, dans le cadre de ces systèmes, des mesures de contrôle qui soient compatibles avec un développement équilibré, en recourant notamment à la meilleure technologie disponible et économiquement applicable et à des techniques produisant peu ou pas de déchets.

sich jede Vertragspartei, die bestmöglichen Politiken und Strategien einschließlich der Systeme der Luftreinhaltung und der dazugehörigen Kontrollmaßnahmen zu erarbeiten, die mit einer ausgewogenen Entwicklung vereinbar sind, vor allem durch den Einsatz der besten verfügbaren und wirtschaftlich vertretbaren Technologie sowie abfallarmer und abfallfreier Technologien.

Research and Development

Article 7

The Contracting Parties, as appropriate to their needs, shall initiate and co-operate in the conduct of research into and/or development of:

- (a) existing and proposed technologies for reducing emissions of sulphur compounds and other major air pollutants, including technical and economic feasibility, and environmental consequences;
- (b) instrumentation and other techniques for monitoring and measuring emission rates and ambient concentrations of air pollutants;
- (c) improved models for a better understanding of the transmission of long-range transboundary air pollutants;
- (d) the effects of sulphur compounds and other major air pollutants on human health and the environment, including agriculture, forestry, materials, aquatic and other natural ecosystems and visibility, with a view to establishing a scientific basis for dose/effect relationships designed to protect the environment;
- (e) the economic, social and environmental assessment of alternative measures for attaining environmental objectives including the reduction of long-range transboundary air pollution;
- (f) education and training programmes related to the environmental aspects of pollution by sulphur compounds and other major air pollutants.

Recherche-développement

Article 7

Les Parties contractantes, suivant leurs besoins, entreprendront des activités concertées de recherche et/ou de développement dans les domaines suivants:

- a) techniques existantes et proposées de réduction des émissions de composés sulfureux et des principaux autres polluants atmosphériques, y compris la faisabilité technique et la rentabilité de ces techniques et leurs répercussions sur l'environnement;
- b) techniques d'instrumentation et autres techniques permettant de surveiller et mesurer les taux d'émissions et les concentrations ambiantes de polluants atmosphériques;
- c) modèles améliorés pour mieux comprendre le transport de polluants atmosphériques transfrontière à longue distance;
- d) effets des composés sulfureux et des principaux autres polluants atmosphériques sur la santé de l'homme et l'environnement, y compris l'agriculture, la sylviculture, les matériaux, les écosystèmes aquatiques et autres et la visibilité, en vue d'établir sur un fondement scientifique la détermination de relations dose/effet aux fins de la protection de l'environnement;
- e) évaluation économique, sociale et écologique d'autres mesures permettant d'atteindre les objectifs relatifs à l'environnement, y compris la réduction de la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance;
- f) élaboration de programmes d'enseignement et de formation concernant la pollution de l'environnement par les composés sulfureux et les principaux autres polluants atmosphériques.

Forschung und Entwicklung

Artikel 7

Die Vertragsparteien nehmen entsprechend ihrem Bedarf Forschungs- und/oder Entwicklungsarbeiten, bei denen sie zusammenarbeiten, in folgenden Bereichen auf:

- a) bestehende und vorgeschlagene Technologien zur Verringerung der Emission von Schwefelverbindungen und sonstigen bedeutenden luftverunreinigenden Stoffen, einschließlich Untersuchungen über die technische und wirtschaftliche Durchführbarkeit und die Auswirkungen auf die Umwelt;
- b) Instrumentierung und sonstige Techniken zur Überwachung und Messung der Emissionsraten und des Gehalts der Luft an verunreinigenden Stoffen;
- c) verbesserte Modelle zum besseren Verständnis der Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen über weite Räume und über die Grenzen hinweg;
- d) Auswirkungen von Schwefelverbindungen und anderen bedeutenden luftverunreinigenden Stoffen auf die menschliche Gesundheit und auf die Umwelt, einschließlich Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Materialien, aquatische und sonstige natürliche Ökosysteme sowie auf die Sichtverhältnisse, im Hinblick auf die Schaffung einer wissenschaftlichen Grundlage für Dosis-Wirkungs-Beziehungen zum Schutz der Umwelt;
- e) wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Bewertung anderer Maßnahmen zur Erreichung der Umweltziele, einschließlich der Verringerung der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung;
- f) Bildungs- und Ausbildungsprogramme im Zusammenhang mit den Umweltaspekten der Verunreinigung durch Schwefelverbindungen und andere bedeutende luftverunreinigende Stoffe.

Exchange of Information

Article 8

The Contracting Parties, within the framework of the Executive Body referred to in article 10 and bilaterally, shall, in their common interests, exchange available information on:

Echanges d'informations

Article 8

Les Parties contractantes échangeront, dans le cadre de l'Organe exécutif visé à l'article 10 ou bilatéralement, et dans leur intérêt commun, des informations:

Informationsaustausch

Artikel 8

Die Vertragsparteien tauschen im Rahmen des in Artikel 10 genannten Exekutivorgans oder auf zweiseitiger Ebene in gemeinsamem Interesse verfügbare Informationen aus

- | | | |
|--|--|---|
| <p>(a) data on emissions at periods of time to be agreed upon, of agreed air pollutants, starting with sulphur dioxide, coming from grid-units of agreed size; or on the fluxes of agreed air pollutants, starting with sulphur dioxide, across national borders, at distances and at periods of time to be agreed upon;</p> <p>(b) major changes in national policies and in general industrial development, and their potential impact, which would be likely to cause significant changes in long-range transboundary air pollution;</p> <p>(c) control technologies for reducing air pollution relevant to long-range transboundary air pollution;</p> <p>(d) the projected cost of the emission control of sulphur compounds and other major air pollutants on a national scale;</p> <p>(e) meteorological and physico-chemical data relating to the processes during transmission;</p> <p>(f) physico-chemical and biological data relating to the effects of long-range transboundary air pollution and the extent of the damage¹⁾ which these data indicate can be attributed to long-range transboundary air pollution;</p> <p>(g) national, subregional and regional policies and strategies for the control of sulphur compounds and other major air pollutants.</p> | <p>a) sur les données relatives à l'émission, selon une périodicité à convenir, de polluants atmosphériques convenus, en commençant par le dioxyde de soufre, à partir de grilles territoriales de dimensions convenues, ou sur les flux de polluants atmosphériques convenus, en commençant par le dioxyde de soufre, qui traversent les frontières des Etats, à des distances et selon une périodicité à convenir;</p> <p>b) sur les principaux changements survenus dans les politiques nationales et dans le développement industriel en général, et leurs effets possibles, qui seraient de nature à provoquer des modifications importantes de la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance;</p> <p>c) sur les techniques de réduction de la pollution atmosphérique agissant sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance;</p> <p>d) sur le coût prévu de la lutte à l'échelon des pays contre les émissions de composés sulfureux et des autres principaux polluants atmosphériques;</p> <p>e) sur les données météorologiques et physico-chimiques relatives aux phénomènes survenant pendant le transport des polluants;</p> <p>f) sur les données physico-chimiques et biologiques relatives aux effets de la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance et sur l'étendue des dommages¹⁾ qui, d'après ces données, sont imputables à la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance;</p> <p>g) sur les politiques et stratégies nationales, sous-régionales et régionales de lutte contre les composés sulfureux et les principaux autres polluants atmosphériques.</p> | <p>a) in einvernehmlich festzulegenden Zeitabständen über Daten betreffend Emissionen vereinbarter luftverunreinigender Stoffe, angefangen mit Schwefeldioxid, die aus Rastereinheiten vereinbarter Größe stammen, oder über den Fluß vereinbarter grenzüberschreitender luftverunreinigender Stoffe, angefangen mit Schwefeldioxid, über einvernehmlich festzulegende Entfernungen und Zeitabschnitte;</p> <p>b) über größere Änderungen der Politik der einzelnen Staaten und der allgemeinen industriellen Entwicklung und ihre möglichen Auswirkungen, die erhebliche Änderungen der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung verursachen könnten;</p> <p>c) über Technologien zur Verringerung der Luftverunreinigung, die für die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung von Bedeutung sind;</p> <p>d) über die veranschlagten Kosten der Bekämpfung der Emission von Schwefelverbindungen und anderen bedeutenden luftverunreinigenden Stoffen auf nationaler Ebene;</p> <p>e) über meteorologische und physikalisch-chemische Daten, welche die Übertragungsvorgänge betreffen;</p> <p>f) über physikalisch-chemische und biologische Daten, welche die Auswirkungen der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung und das Ausmaß des Schadens¹⁾ betreffen, der auf Grund dieser Daten auf die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung zurückzuführen ist;</p> <p>g) über nationale, subregionale und regionale Politiken und Strategien zur Bekämpfung von Schwefelverbindungen und anderen bedeutenden luftverunreinigenden Stoffen.</p> |
|--|--|---|

Implementation and Further Development of the Co-operative Programme for the Monitoring and Evaluation of the Long-Range Transmission of Air Pollutants in Europe

Article 9

The Contracting Parties stress the need for the implementation of the existing "Co-operative programme for the monitoring and evaluation of the long-range transmission of air pollutants in Europe" (hereinafter referred to as EMEP) and, with regard to the further development of this programme, agree to emphasize:

- (a) the desirability of Contracting Parties joining in and fully implementing

¹⁾ The present Convention does not contain a rule on State liability as to damage.

Mise en œuvre et élargissement du programme concerté de surveillance continue et d'évaluation du transport à longue distance des polluants atmosphériques en Europe

Article 9

Les Parties contractantes soulignent la nécessité de mettre en œuvre le «Programme concerté de surveillance et d'évaluation du transport à longue distance des polluants atmosphériques en Europe» (ci-après dénommé EMEP) existant et, s'agissant de l'élargissement de ce programme, conviennent de mettre l'accent sur:

- a) l'intérêt pour elles de participer et de donner plein effet à l'EMEP qui, dans

¹⁾ La présente Convention ne contient pas de disposition concernant la responsabilité des Etats en matière de dommages.

Durchführung und Weiterentwicklung des Programms über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa

Artikel 9

Die Vertragsparteien betonen die Notwendigkeit der Durchführung des bestehenden „Programms über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa“ (im folgenden als „EMEP“ bezeichnet); hinsichtlich der Weiterentwicklung dieses Programms betonen sie einvernehmlich folgendes:

- a) Es ist erwünscht, dem EMEP, das sich zunächst auf die Messung von Schwe-

¹⁾ Dieses Übereinkommen enthält keine Bestimmung über die Haftung der Staaten im Zusammenhang mit Schäden.

- EMEP which, as a first step, is based on the monitoring of sulphur dioxide and related substances;
- une première étape, est axé sur la surveillance continue du dioxyde de soufre et des substances apparentées;
- feldioxid und ähnlichen Stoffen bezieht, beizutreten und es voll anzuwenden;
- (b) the need to use comparable or standardized procedures for monitoring whenever possible;
- b) la nécessité d'utiliser, chaque fois que c'est possible, des méthodes de surveillance comparables ou normalisées;
- b) es ist erforderlich, nach Möglichkeit bei der Messung vergleichbare oder vereinheitlichte Verfahren anzuwenden;
- (c) the desirability of basing the monitoring programme on the framework of both national and international programmes. The establishment of monitoring stations and the collection of data shall be carried out under the national jurisdiction of the country in which the monitoring stations are located;
- c) l'intérêt d'établir le programme de surveillance continue dans le cadre de programmes tant nationaux qu'internationaux. L'établissement de stations de surveillance continue et la collecte de données relèveront de la juridiction des pays où sont situées ces stations;
- c) es ist erwünscht, das Meßprogramm sowohl auf nationale als auch auf internationale Programme zu stützen. Die Errichtung von Meßstationen und die Sammlung von Daten erfolgen unter der Hoheitsgewalt des Landes, in dem sich die Meßstationen befinden;
- (d) the desirability of establishing a framework for a co-operative environmental monitoring programme, based on and taking into account present and future national, subregional, regional and other international programmes;
- d) l'intérêt d'établir un cadre de programme concerté de surveillance continue de l'environnement qui soit fondé sur les programmes nationaux, sous-régionaux, régionaux et les autres programmes internationaux actuels et futurs et qui en tienne compte;
- d) es ist erwünscht, einen Rahmen für ein Programm über die Zusammenarbeit der Umweltüberwachung zu erstellen, das auf den derzeitigen und künftigen nationalen, subregionalen, regionalen und sonstigen internationalen Programmen beruht und ihnen Rechnung trägt;
- (e) the need to exchange data on emissions at periods of time to be agreed upon, of agreed air pollutants, starting with sulphur dioxide, coming from grid-units of agreed size; or on the fluxes of agreed air pollutants, starting with sulphur dioxide, across national borders, at distances and at periods of time to be agreed upon. The method, including the model, used to determine the fluxes, as well as the method, including the model, used to determine the transmission of air pollutants based on the emissions per grid-unit, shall be made available and periodically reviewed, in order to improve the methods and the models;
- e) la nécessité d'échanger des données sur les émissions, selon une périodicité à convenir, de polluants atmosphériques convenus (en commençant par le dioxyde de soufre) à partir de grilles territoriales de dimensions convenues, ou sur les flux de polluants atmosphériques convenus (en commençant par le dioxyde de soufre) qui traversent les frontières des Etats, à des distances et selon une périodicité à convenir. La méthode, y compris le modèle, employée pour déterminer les flux, ainsi que la méthode, y compris le modèle, employée pour déterminer l'existence du transport de polluants atmosphériques, d'après les émissions par grille territoriale, seront rendus disponibles et passés en revue périodiquement aux fins d'amélioration;
- e) es ist erforderlich, in einvernehmlich festzulegenden Zeitabständen Daten über Emissionen vereinbarter luftverunreinigender Stoffe, angefangen mit Schwefeldioxid, auszutauschen, die aus Rastereinheiten vereinbarter Größe stammen, oder über den Fluß vereinbarter grenzüberschreitender luftverunreinigender Stoffe, angefangen mit Schwefeldioxid, über einvernehmlich festzulegende Entfernungen und Zeitabschnitte. Die zur Bestimmung des Flusses benutzte Methode einschließlich des Modells sowie die zur Bestimmung der Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen – beruhend auf den Emissionen je Rastereinheit – benutzte Methode einschließlich des Modells werden zur Verfügung gestellt und regelmäßig überprüft, um die Methoden und die Modelle zu verbessern;
- (f) their willingness to continue the exchange and periodic updating of national data on total emissions of agreed air pollutants, starting with sulphur dioxide;
- f) leur intention de poursuivre l'échange et la mise à jour périodique des données nationales sur les émissions totales de polluants atmosphériques convenus, en commençant par le dioxyde de soufre;
- f) sie sind bereit, den Austausch und die regelmäßige Fortschreibung der nationalen Daten über Gesamtemissionen vereinbarter luftverunreinigender Stoffe, angefangen mit Schwefeldioxid, fortzuführen;
- (g) the need to provide meteorological and physico-chemical data relating to processes during transmission;
- g) la nécessité de fournir des données météorologiques et physico-chimiques relatives aux phénomènes survenant pendant le transport;
- g) es ist erforderlich, meteorologische und physikalisch-chemische Daten zu liefern, welche die während der Übertragung ablaufenden Vorgänge betreffen;
- (h) the need to monitor chemical components in other media such as water, soil and vegetation, as well as a similar monitoring programme to record effects on health and environment;
- h) la nécessité d'assurer la surveillance continue des composés chimiques dans d'autres milieux tels que l'eau, le sol et la végétation, et de mettre en œuvre un programme de surveillance analogue pour enregistrer les effets sur la santé et l'environnement;
- h) es ist erforderlich, chemische Bestandteile in anderen Medien wie Wasser, Boden und Vegetation zu messen und ein ähnliches Meßprogramm zur Erfassung der Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt durchzuführen;
- (i) the desirability of extending the national EMEP networks to make them operational for control and surveillance purposes.
- i) l'intérêt d'élargir les réseaux nationaux de l'EMEP pour les rendre opérationnels à des fins de lutte et de surveillance.
- i) es ist erwünscht, die nationalen EMEP-Netze zu erweitern, damit sie für Bekämpfungs- und Überwachungszwecke benutzt werden können.

Executive Body**Article 10**

1. The representatives of the Contracting Parties shall, within the framework of the Senior Advisers to ECE Governments on Environmental Problems, constitute the Executive Body of the present Convention, and shall meet at least annually in that capacity.

2. The Executive Body shall:

- (a) review the implementation of the present Convention;
- (b) establish, as appropriate, working groups to consider matters related to the implementation and development of the present Convention and to this end to prepare appropriate studies and other documentation and to submit recommendations to be considered by the Executive Body;
- (c) fulfil such other functions as may be appropriate under the provisions of the present Convention.

3. The Executive Body shall utilize the Steering Body for the EMEP to play an integral part in the operation of the present Convention, in particular with regard to data collection and scientific co-operation.

4. The Executive Body, in discharging its functions, shall, when it deems appropriate, also make use of information from other relevant international organizations.

Secretariat**Article 11**

The Executive Secretary of the Economic Commission for Europe shall carry out, for the Executive Body, the following secretariat functions:

- (a) to convene and prepare the meetings of the Executive Body;
- (b) to transmit to the Contracting Parties reports and other information received in accordance with the provisions of the present Convention;
- (c) to discharge the functions assigned by the Executive Body.

Amendments to the Convention**Article 12**

1. Any Contracting Party may propose amendments to the present Convention.

2. The text of proposed amendments shall be submitted in writing to the Executive Secretary of the Economic Commission for Europe, who shall

Organe exécutif**Article 10**

1. Les représentants des Parties contractantes constitueront, dans le cadre des Conseillers des gouvernements des pays de la CEE pour les problèmes de l'environnement, l'organe exécutif de la présente Convention et se réuniront au moins une fois par an en cette qualité.

2. L'Organe exécutif:

- a) passera en revue la mise en œuvre de la présente Convention;
- b) constituera, selon qu'il conviendra, des groupes de travail pour étudier des questions liées à la mise en œuvre et au développement de la présente Convention, et à cette fin pour préparer les études et la documentation nécessaires et pour lui soumettre des recommandations;
- c) exercera toutes autres fonctions qui pourraient être nécessaires en vertu des dispositions de la présente Convention.

3. L'Organe exécutif utilisera les services de l'organe directeur de l'EMEP pour que ce dernier participe pleinement aux activités de la présente Convention, en particulier en ce qui concerne la collecte de données et la coopération scientifique.

4. Dans l'exercice de ses fonctions, l'Organe exécutif utilisera aussi, quand il le jugera utile, les informations fournies par d'autres organisations internationales compétentes.

Sécrétariat**Article 11**

Le Secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe assurera, pour le compte de l'Organe exécutif, les fonctions de secrétariat suivantes:

- a) convocation et préparation des réunions de l'Organe exécutif;
- b) transmission aux Parties contractantes des rapports et autres informations reçus en application des dispositions de la présente Convention;
- c) toutes autres fonctions qui pourraient lui être confiées par l'Organe exécutif.

Amendements à la Convention**Article 12**

1. Toute Partie contractante est habilitée à proposer des amendements à la présente Convention.

2. Le texte des amendements proposés sera soumis par écrit au Secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe qui le communiquera à toutes les

Exekutivorgan**Artikel 10**

(1) Die Vertreter der Vertragsparteien bilden im Rahmen der Berater der Regierungen der Wirtschaftskommission für Europa für Umweltfragen das Exekutivorgan dieses Übereinkommens; sie treten in dieser Eigenschaft mindestens einmal jährlich zusammen.

(2) Das Exekutivorgan

- a) überprüft die Durchführung dieses Übereinkommens;
- b) setzt nach Bedarf Arbeitsgruppen ein, um Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Durchführung und Entwicklung dieses Übereinkommens zu prüfen und zu diesem Zweck geeignete Untersuchungen durchzuführen und sonstige Unterlagen zu erarbeiten sowie dem Exekutivorgan Empfehlungen zur Prüfung zu unterbreiten;
- c) nimmt sonstige Aufgaben wahr, die auf Grund dieses Übereinkommens erforderlich werden könnten.

(3) Das Exekutivorgan nutzt die Dienste des Lenkungsorgans des EMEP, damit dieses eine wesentliche Rolle bei der Durchführung dieses Übereinkommens spielt, insbesondere im Hinblick auf die Sammlung von Daten und auf die wissenschaftliche Zusammenarbeit.

(4) Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben verwendet das Exekutivorgan nach Bedarf auch Informationen, die von anderen zuständigen internationalen Organisationen stammen.

Sekretariat**Artikel 11**

Der Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa nimmt folgende Sekretariatsaufgaben für das Exekutivorgan wahr:

- a) Einberufung und Vorbereitung der Sitzungen des Exekutivorgans;
- b) Weiterleitung von Berichten und anderen Informationen, die nach Maßgabe dieses Übereinkommens eingegangen sind, an die Vertragsparteien;
- c) Wahrnehmung sonstiger ihm vom Exekutivorgan übertragener Aufgaben.

Änderungen des Übereinkommens**Artikel 12**

(1) Jede Vertragspartei kann Änderungen dieses Übereinkommens vorschlagen.

(2) Der Wortlaut der vorgeschlagenen Änderungen wird dem Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa schriftlich unterbreitet; dieser übermittelt

communicate them to all Contracting Parties. The Executive Body shall discuss proposed amendments at its next annual meeting provided that such proposals have been circulated by the Executive Secretary of the Economic Commission for Europe to the Contracting Parties at least ninety days in advance.

3. An amendment to the present Convention shall be adopted by consensus of the representatives of the Contracting Parties, and shall enter into force for the Contracting Parties which have accepted it on the ninetieth day after the date on which two-thirds of the Contracting Parties have deposited their instruments of acceptance with the depositary. Thereafter, the amendment shall enter into force for any other Contracting Party on the ninetieth day after the date on which that Contracting Party deposits its instrument of acceptance of the amendment.

Settlement of Disputes

Article 13

If a dispute arises between two or more Contracting Parties to the present Convention as to the interpretation or application of the Convention, they shall seek a solution by negotiation or by any other method of dispute settlement acceptable to the parties to the dispute.

Signature

Article 14

1. The present Convention shall be open for signature at the United Nations Office at Geneva from 13 to 16 November 1979 on the occasion of the High-level Meeting within the framework of the Economic Commission for Europe on the Protection of the Environment, by the member States of the Economic Commission for Europe as well as States having consultative status with the Economic Commission for Europe, pursuant to paragraph 8 of Economic and Social Council resolution 36 (IV) of 28 March 1947, and by regional economic integration organizations, constituted by sovereign States members of the Economic Commission for Europe, which have competence in respect of the negotiation, conclusion and application of international agreements in matters covered by the present Convention.

2. In matters within their competence, such regional economic integration organizations shall, on their own behalf, exercise the rights and fulfil the responsibilities which the present Convention attributes to their member States. In such cases, the member States of these organizations shall not be entitled to exercise such rights individually.

Parties contractantes. L'Organe exécutif examinera les amendements proposés à sa réunion annuelle suivante, pour autant que ces propositions aient été communiquées aux Parties contractantes par le Secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe au moins quatre-vingt-dix jours à l'avance.

3. Un amendement à la présente Convention devra être adopté par consensus des représentants des Parties contractantes, et entrera en vigueur pour les Parties contractantes qui l'auront accepté le quatre-vingt-dixième jour à compter de la date à laquelle les deux tiers des Parties contractantes auront déposé leur instrument d'acceptation auprès du dépositaire. Par la suite, l'amendement entrera en vigueur pour toute autre Partie contractante le quatre-vingt-dixième jour à compter de la date à laquelle ladite Partie contractante aura déposé son instrument d'acceptation de l'amendement.

Règlement des différends

Article 13

Si un différend vient à surgir entre deux ou plusieurs Parties contractantes à la présente Convention quant à l'interprétation ou à l'application de la Convention, lesdites Parties rechercheront une solution par la négociation ou par toute autre méthode de règlement des différends qui leur soit acceptable.

Signature

Article 14

1. La présente Convention sera ouverte à la signature des Etats membres de la Commission économique pour l'Europe, des Etats jouissant du statut consultatif auprès de la Commission économique pour l'Europe en vertu du paragraphe 8 de la résolution 36 (IV) du 28 mars 1947 du Conseil économique et social et des organisations d'intégration économique régionale constituées par des Etats souverains membres de la Commission économique pour l'Europe et ayant compétence pour négocier, conclure et appliquer des accords internationaux dans les matières couvertes par la présente Convention, à l'Office des Nations Unies à Genève, du 13 au 16 novembre 1979, à l'occasion de la Réunion à haut niveau, dans le cadre de la Commission économique pour l'Europe, sur la protection de l'environnement.

2. S'agissant de questions qui relèvent de leur compétence, ces organisations d'intégration économique régionale pourront, en leur nom propre, exercer les droits et s'acquitter des responsabilités que la présente Convention confère à leurs Etats membres. En pareil cas, les Etats membres de ces organisations ne seront pas habilités à exercer ces droits individuellement.

ihn allen Vertragsparteien. Das Exekutivorgan erörtert die vorgeschlagenen Änderungen auf seiner nächsten jährlichen Sitzung, sofern die Vorschläge den Vertragsparteien vom Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa mindestens neunzig Tage vorher mitgeteilt worden sind.

(3) Eine Änderung dieses Übereinkommens bedarf der einvernehmlichen Annahme durch die Vertreter der Vertragsparteien; sie tritt für die Vertragsparteien, die sie angenommen haben, am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem zwei Drittel der Vertragsparteien ihre Annahmeerkunde beim Verwahrer hinterlegt haben. Danach tritt die Änderung für jede andere Vertragspartei am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem die betreffende Vertragspartei ihre Urkunde über die Annahme der Änderung hinterlegt.

Beilegung von Streitigkeiten

Artikel 13

Entsteht zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien dieses Übereinkommens eine Streitigkeit über seine Auslegung oder Anwendung, so bemühen sich diese Vertragsparteien um eine Lösung durch Verhandlungen oder durch ein anderes Verfahren der Beilegung, das für die Streitparteien annehmbar ist.

Unterzeichnung

Artikel 14

(1) Dieses Übereinkommen liegt anlässlich der hochrangigen Tagung im Rahmen der Wirtschaftskommission für Europa über den Umweltschutz vom 13. bis zum 16. November 1979 im Büro der Vereinten Nationen in Genf für die Mitgliedstaaten der Wirtschaftskommission für Europa, für Staaten, die in der Wirtschaftskommission für Europa nach Absatz 8 der Entschließung 36 (IV) des Wirtschafts- und Sozialrats vom 28. März 1947 beratenden Status haben, sowie für die Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die von den souveränen Staaten, die Mitglieder der Wirtschaftskommission für Europa sind, gebildet werden und für die Aushandlung, den Abschluß und die Anwendung internationaler Übereinkünfte über Angelegenheiten zuständig sind, die in den Geltungsbereich dieses Übereinkommens fallen, zur Unterzeichnung auf.

(2) Solche Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration üben in Angelegenheiten, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, in ihrem eigenen Namen die Rechte aus und nehmen die Verantwortlichkeiten wahr, die dieses Übereinkommen den Mitgliedstaaten dieser Organisationen überträgt. In diesen Fällen sind die Mitgliedstaaten dieser Organisationen nicht berechtigt, solche Rechte einzeln auszuüben.

**Ratification, Acceptance, Approval
and Accession****Article 15**

1. The present Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval.

2. The present Convention shall be open for accession as from 17 November 1979 by the States and organizations referred to in article 14, paragraph 1.

3. The instruments of ratification, acceptance, approval or accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who will perform the functions of the depositary.

**Ratification, acceptation, approbation
et adhésion****Article 15**

1. La présente Convention sera soumise à ratification, acceptation ou approbation.

2. La présente Convention sera ouverte à l'adhésion, à compter du 17 novembre 1979, des Etats et organisations visés au paragraphe 1 de l'article 14.

3. Les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui remplira les fonctions de dépositaire.

**Ratifikation, Annahme, Genehmigung
und Beitritt****Artikel 15**

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung.

(2) Dieses Übereinkommen steht vom 17. November 1979 an für die in Artikel 14 Absatz 1 genannten Staaten und Organisationen zum Beitritt offen.

(3) Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser erfüllt die Aufgaben des Verwahrers.

Entry into Force**Article 16**

1. The present Convention shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit of the twenty-fourth instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

2. For each Contracting Party which ratifies, accepts or approves the present Convention or accedes thereto after the deposit of the twenty-fourth instrument of ratification, acceptance, approval or accession, the Convention shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit by such Contracting Party of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Entrée en vigueur**Article 16**

1. La présente Convention entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour à compter de la date de dépôt du vingt-quatrième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

2. Pour chacune des Parties contractantes qui ratifie, accepte ou approuve la présente Convention ou y adhère après le dépôt du vingt-quatrième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, la Convention entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour à compter de la date du dépôt par ladite Partie contractante de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Inkrafttreten**Artikel 16**

(1) Dieses Übereinkommen tritt am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der vierundzwanzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jede Vertragspartei, die nach der Hinterlegung der vierundzwanzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde dieses Übereinkommen ratifiziert, annimmt oder genehmigt oder ihm beiträgt, tritt das Übereinkommen am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde durch die betreffende Vertragspartei in Kraft.

Withdrawal**Article 17**

At any time after five years from the date on which the present Convention has come into force with respect to a Contracting Party, that Contracting Party may withdraw from the Convention by giving written notification to the depositary. Any such withdrawal shall take effect on the ninetieth day after the date of its receipt by the depositary.

Retrait**Article 17**

A tout moment après cinq années à compter de la date à laquelle la présente Convention sera entrée en vigueur à l'égard d'une Partie contractante, ladite Partie contractante pourra se retirer de la Convention par notification écrite adressée au dépositaire. Ce retrait prendra effet le quatre-vingt-dixième jour à compter de la date de réception de la notification par le dépositaire.

Rücktritt**Artikel 17**

Eine Vertragspartei kann jederzeit nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Zeitpunkt, zum dem dieses Übereinkommen für sie in Kraft getreten ist, durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation von dem Übereinkommen zurücktreten. Der Rücktritt wird am neunzigsten Tag nach dem Eingang der Notifikation bei dem Verwahrer wirksam.

Authentic Texts**Article 18**

The original of the present Convention, of which the English, French and Russian texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto, have signed the present Convention.

Done at Geneva, this thirteenth day of November, one thousand nine hundred and seventy-nine.

Textes authentiques**Article 18**

L'original de la présente Convention, dont les textes anglais, français et russe sont également authentiques, sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

En foi de quoi les soussignés, à ce dûment autorisés, ont signé la présente Convention.

Fait à Genève, le treize novembre mille neuf cent soixante-dix-neuf.

Verbindliche Wortlaute**Artikel 18**

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen englischer, französischer und russischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Genf am 13. November 1979.

Denkschrift zu dem Übereinkommen

I. Allgemeines

Als Thema besonderer Zusammenarbeit zwischen Ost und West wurde das Problem der „weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung“ auf Vorschlag der skandinavischen Länder in den Bereich Umweltschutz der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki eingeführt und in deren Schlußakte aufgenommen (BT-Drucksache 7/3867 vom 23. 7. 1975, S. 8 ff., S. 18). In der KSZE-Nachfolge hat die UdSSR alleuropäische hochrangige Konferenzen unter anderem über den Bereich Umweltschutz gefordert. Nachdem Einigung darüber erzielt worden war, auf einer Hochrangigen Umwelttagung im Rahmen der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) den Problembereich „Weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung“ zu erörtern, legten die skandinavischen Länder einen Konventionsentwurf vor, über den die Umweltberater der ECE (Senior Advisors on Environmental Problems) verhandelten. Ergebnis dieser Beratungen ist das Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung vom 13. November 1979 (im folgenden Übereinkommen genannt). Es lag anläßlich der Hochrangigen Umwelttagung vom 13. bis 16. November 1979 in Genf zur Zeichnung auf. Die Bundesrepublik Deutschland, die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die Gemeinschaft selbst haben unterzeichnet. Das Übereinkommen hat bisher 35 Signature. Dazu gehören fast alle Mitgliedstaaten der ECE.

Das Übereinkommen wird am neunzigsten Tag nach der Hinterlegung der vierundzwanzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft treten. Die UdSSR, die Ukraine, Weißrußland, Ungarn und Portugal haben bereits ratifiziert. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden ihre Ratifikationsinstrumente gleichzeitig mit der Gemeinschaft hinterlegen. Die Ratifikationsverfahren in den anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sind eingeleitet.

Die Vertragsparteien haben sich in einer Entschliebung verpflichtet, das Übereinkommen bereits vor seinem Inkrafttreten vorläufig anzuwenden.

Das Übereinkommen hat eine verstärkte Zusammenarbeit der Vertragsparteien bei der Entwicklung von Strategien und Politiken zur Bekämpfung der Luftverunreinigung einschließlich der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung zum Ziel. Die Vertragsparteien bemühen sich, die Luftverunreinigung einzudämmen und soweit wie möglich zu verhindern; sie entwickeln im Rahmen dieses Übereinkommens und unter Berücksichtigung des bisher Geleisteten Luftreinhaltestrategien. Diesem Ziel dienen der Austausch von Informationen, Konsultationen sowie Forschungsarbeiten auf Gebieten, die nach Bedarf vereinbart werden. Bei der Emissionsminderung setzen sie die besten verfügbaren und wirtschaftlich vertretbaren Technologien ein.

Das Übereinkommen bezieht sich allgemein auf die Bekämpfung der Luftverunreinigung einschließlich der

weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung, vorrangig auf die Bekämpfung der Luftverunreinigung durch Schwefeldioxid (SO₂). In den letzten Jahren sind eingehende Studien über luftverunreinigende Stoffe, ihre Übertragungsmechanismen und ihre Auswirkungen auf die Umwelt durchgeführt worden. So haben in Europa, den Vereinigten Staaten, Kanada und vor allem von der OECD durchgeführte Studien bestätigt, daß sich luftverunreinigende Stoffe entsprechend den vorherrschenden Witterungsbedingungen bzw. Windrichtungen über weite Entfernungen und daher auch über Staatsgrenzen hinweg ausbreiten können. Es ist jedoch weiterhin umstritten, in welchem Umfang aus welchen Staaten die luftverunreinigenden Kontingente kommen. Ebenso ungeklärt sind weite Teile des Bereichs der Wirkungszusammenhänge. Dies erfordert eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Studien, der Information, der Vorbeugung und der Verbesserung der bestehenden Verhältnisse. Dieser Situation trägt das Übereinkommen Rechnung.

Das Übereinkommen ist das erste, das Fragen der Luftverunreinigung einschließlich der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung regelt. Es trägt zur Weiterentwicklung der Luftreinhaltepolitik zwischen den Staaten bei und entspricht in seiner Zielsetzung und seinen Mitteln der Umweltschutzpolitik der Europäischen Gemeinschaften. Es ordnet sich weiterhin nicht nur in den Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und den OECD-Ländern ein, mit denen bereits gemeinsame Studien auf demselben Gebiet durchgeführt wurden, sondern auch in den mit jenen europäischen Ländern, die sich an den Arbeiten der ECE beteiligen und die an der Konferenz von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa teilgenommen haben. Es wird erwartet, daß sich das Übereinkommen stimulierend auf neue Initiativen im Bereich des Umweltschutzes auf internationaler Ebene auswirkt.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Artikel 1 enthält die grundlegenden Begriffsbestimmungen.

Buchstabe a) definiert den Begriff „Luftverunreinigung“. Er stellt darauf ab, ob sich aus der Zuführung von Stoffen oder Energie durch den Menschen in die Luft abträgliche Wirkungen ergeben. Die Gefahr des Eintritts solcher Wirkungen reicht nicht aus. Radioaktive Substanzen sind nicht erfaßt.

Aufbauend auf dem Begriff der „Luftverunreinigung“ bestimmt Buchstabe b) den Begriff „weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung“. Dies ist eine Luftverunreinigung, die schädliche Umweltauswirkungen in einem anderen Staat als in dem auslöst, in dem sie entsteht. Dabei genügt es, daß ein Teil der schädigenden Luftverunreinigung aus einem anderen als dem geschädigten Hoheitsgebiet stammt. Nach der Definition des Begriffs „weiträumig“ ist es in der Regel nicht möglich,

die Beiträge einzelner Emissionsquellen oder Gruppen von Quellen gegeneinander abzugrenzen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 statuiert als Grundsatz des Übereinkommens die Entschlossenheit der Vertragsparteien, den Menschen und seine Umwelt gegen Luftverunreinigung zu schützen und sich zu bemühen, die Luftverunreinigung einschließlich der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung einzudämmen und soweit wie möglich schrittweise zu verringern und zu verhindern.

Zu Artikel 3

Artikel 3 enthält die Verpflichtung jeder Vertragspartei, Politiken und Strategien zur Bekämpfung der Emission von luftverunreinigenden Stoffen zu entwickeln. Mittel dazu sind der Austausch von Informationen, gegenseitige Konsultationen und die Durchführung von Forschungs- und Überwachungsarbeiten. Maßnahmen, die bereits auf nationaler und internationaler Ebene unternommen worden sind, werden dabei berücksichtigt.

Zu Artikel 4

Artikel 4 statuiert die Verpflichtung der Vertragsparteien zum Informationsaustausch und zur Überprüfung ihrer Politik, ihrer wissenschaftlichen Tätigkeiten und technischen Maßnahmen, die der Luftreinhaltung dienen.

Dadurch soll ein Vergleich der nationalen Politiken erreicht werden.

Zu Artikel 5

Artikel 5 regelt die Konsultationspflicht in einem Sonderfall. Wenn in dem Hoheitsbereich einer Vertragspartei eine Maßnahme durchgeführt wird, die den Gehalt luftverunreinigender Stoffe weiträumig und grenzüberschreitend wesentlich erhöht, kann die Vertragspartei, die davon tatsächlich betroffen oder dadurch erheblich gefährdet wird, von der Vertragspartei, in deren Hoheitsbereich die Maßnahme durchgeführt wird, Konsultationen verlangen. Um Konsultationen kann schon im Stadium der Planung der Maßnahme ersucht werden.

Eine einzelne emittierende Anlage, die nach dem Stand der Technik errichtet wird, wie es das Bundes-Immissionsschutzgesetz vorschreibt, verändert die grenzüberschreitende Luftverunreinigung in der Regel nicht signifikant.

Zu Artikel 6

Artikel 6 verpflichtet jede Vertragspartei zu bestimmten Maßnahmen der Luftreinhaltung, insbesondere was neue oder umgebaute Anlagen betrifft, die zur Luftverunreinigung beitragen können. Diese Anlagen sind nach dem neuesten Stand der Umwelttechnik auszurüsten, allerdings nur soweit dies wirtschaftlich vertretbar ist. Zum Stand der Technik gehört auch die Anwendung abfallarmer und abfallfreier Technologien.

Die angestrebten Maßnahmen, wie die Verbesserung der Systeme der Luftreinhaltung und der dazugehörigen Kontrollmaßnahmen, sollen mit einer ausgewogenen Gesamtentwicklung in Einklang stehen. Bei allen Maßnahmen sind die Artikel 2 bis 5 zu berücksichtigen. Weiterhin müssen auch die laufenden Forschungsvorhaben, der Informationsaustausch, die Überwachung und

ihre Ergebnisse mit in die Planung der Maßnahmen einbezogen werden. Außerdem werden die Kosten und die Wirksamkeit örtlicher und sonstiger Abhilfemaßnahmen berücksichtigt.

Zu Artikel 7

Artikel 7 listet Bereiche von Forschungs- und/oder Entwicklungsarbeiten auf, in denen die Vertragsparteien nach Bedarf zusammenarbeiten. Dazu gehören emissionsmindernde Technologien (a), Meß- und Kontrolltechniken (b), Modelle zum besseren Verständnis weiträumiger grenzüberschreitender Luftverunreinigung (c), Auswirkungen luftverunreinigender Stoffe auf die menschliche Gesundheit und auf die Umwelt, um eine wissenschaftliche Grundlage für Dosis-Wirkungs-Beziehungen zu schaffen (d), die Bewertung anderer umweltschützender Maßnahmen (e) und Bildungs- und Ausbildungsprogramme im Zusammenhang mit den Umweltaspekten der Luftverunreinigung durch Schwefelverbindungen und andere luftverunreinigende Stoffe (f).

Zu Artikel 8

Artikel 8 bestimmt, daß Informationen im Rahmen des Exekutivorgans oder bilateral ausgetauscht werden sollen, und legt die Bereiche für diesen Informationsaustausch fest. Der Austausch bezieht sich auf verfügbare Informationen, die zum Teil erst auf Grund des Übereinkommens gewonnen werden (vgl. Artikel 8 Buchstabe a, Artikel 9 Buchstabe e).

Folgende Bereiche sind erfaßt: a) Daten über die Emissionen luftverunreinigender Stoffe und deren Fluß. Der Austausch beginnt mit Daten über Schwefeldioxid. Über Art und Weise der Datenerhebung ebenso wie über die Häufigkeit des Austauschs stimmen sich die Vertragsparteien ab; b) größere Änderungen nationaler Politiken und allgemeiner industrieller Entwicklungen, die erhebliche Auswirkungen auf die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung haben können; c) Technologien, die zur Verringerung der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung beitragen können; d) Schätzungen auf nationaler Ebene von Kosten für die Reinhaltung der Luft; e) meteorologische und physikalisch-chemische Daten, welche die Übertragungsvorgänge bei luftverunreinigenden Stoffen betreffen; f) physikalisch-chemische und biologische Daten, die über das Ausmaß der von der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung verursachten Schäden Auskunft geben. Es handelt sich dabei nicht um eine gemeinsame Schadensfestlegung, sondern um die Information von einer Seite. Wie Fußnote 1 deutlich macht, ist damit eine Staatshaftung nicht verbunden; g) Luftreinhaltepolitiken und -strategien in bestimmten räumlichen Gebieten.

Das Umweltbundesamt arbeitet bereits in den in Artikel 8 Buchstaben a und c bis g genannten Bereichen. An dem in Artikel 8 Buchstabe e vorgesehenen Informationsaustausch wirkt der Deutsche Wetterdienst im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages mit.

Zu Artikel 9

Artikel 9 nimmt das bereits auf ECE-Ebene bestehende „Programm über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luft-

verunreinigenden Stoffen in Europa (EMEP)“ in das Übereinkommen auf. Wie dieses entstand EMEP auf Grund der KSZE-Schlußakte von Helsinki. Es wurde von der ECE geplant und koordiniert und in enger Zusammenarbeit mit der World Meteorological Organization (WMO) und dem United Nations Environment Program (UNEP) durchgeführt. Ein Lenkungsausschuß, der aus Vertretern der beteiligten Länder besteht, überwacht die Durchführung des Programms. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt seit 1977 an dem Programm teil. Ihre Messungen werden vom Umweltbundesamt ausgeführt.

Zwar verpflichtet Artikel 9 die Vertragsstaaten nicht zum Beitritt, erklärt diesen aber für wünschenswert (a) und betont die Notwendigkeit der Durchführung des Programms. Durch die Einbeziehung in das Übereinkommen erhält das Programm besondere Bedeutung.

Das Forschungsprogramm bezieht sich zunächst auf Schwefeldioxid und ähnliche Stoffe, wie andere Schwefelverbindungen, sowie Stoffe, die zur Säurebildung beitragen. Die Erweiterung auf andere luftverunreinigende Stoffe ist beabsichtigt. Für die Weiterentwicklung des EMEP stellt Artikel 9 bestimmte Programmsätze auf, durch die eine möglichst hohe Effizienz bei der Durchführung der Arbeiten erreicht werden soll. So soll das von EMEP festgelegte Arbeitsprogramm voll angewendet werden (a); ferner sollen die Meßverfahren möglichst aufeinander abgestimmt werden (b); bei Meßprogrammen sollen sowohl nationale als auch internationale Programme herangezogen werden (c); ein Rahmenprogramm für die Zusammenarbeit bei der Umweltüberwachung soll erstellt werden, das auf vorhandenen Programmen aufbaut (d); Messungen in einem vereinbarten Verfahren über die Emission von Schwefeldioxid und dessen Fluß sollen regelmäßig überprüft werden, um die Methoden und Modelle zu verbessern (e); ein Austausch nationaler Daten über die Gesamtemission zunächst von Schwefeldioxid soll durchgeführt (f) und ein Austausch von meteorologischen und physikalisch-chemischen Daten über die Vorgänge während der Übertragung soll angestrebt werden (g); schließlich sollen die nationalen Meßnetze des EMEP erweitert werden, um sie für weitere Zwecke verwenden zu können (i).

Das Arbeitsprogramm, an dem das Umweltbundesamt bereits teilnimmt, umfaßt die in Artikel 9 Buchstabe e beschriebenen Messungen von Schwefeldioxid, sowie den in Artikel 9 Buchstaben f und g genannten Austausch von Daten. Das in Artikel 9 Buchstabe h mittel- und langfristig geplante Meßprogramm ist bisher noch von keinem Vertragsstaat in Angriff genommen worden.

Zu Artikel 10

Artikel 10 regelt die Zusammensetzung und die Aufgaben des Exekutivorgans.

Das nach Artikel 10 Absatz 1 zu bildende Exekutivorgan besteht aus den Vertretern der Vertragsparteien im Rahmen der Berater der Regierung der Wirtschaftskommission für Europa für Umweltfragen. Sie treten mindestens einmal jährlich zusammen.

Artikel 10 Absatz 2 beschreibt die dem Exekutivorgan obliegenden Aufgaben. Grundsätzlich übernimmt es alle

nach dem Übereinkommen etwa erforderlichen Aufgaben. Insbesondere überprüft es die Durchführung des Übereinkommens, wobei es sich der Hilfe von Arbeitsgruppen bedienen kann.

Artikel 10 Absatz 3 stellt sicher, daß das Exekutivorgan die Dienste des Lenkungsorgans des EMEP nutzt, dem eine wichtige Rolle bei der Durchführung des Übereinkommens zugewiesen wird.

Zu Artikel 11

Artikel 11 legt die Sekretariatsaufgaben fest, die der Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa wahrnimmt.

Zu Artikel 12

Artikel 12 regelt das Verfahren bei Änderungen des Übereinkommens.

Um auf der nächsten jährlichen Sitzung vom Exekutivorgan erörtert werden zu können, müssen Änderungsvorschläge den Vertragsparteien mindestens 90 Tage vorher mitgeteilt worden sein (Absatz 2). Eine Änderung des Übereinkommens setzt ein entsprechendes Einvernehmen der Vertreter der Vertragsparteien im Exekutivorgan voraus (Konsensprinzip). Die Änderung tritt nur dann in Kraft, wenn mindestens zwei Drittel der Vertragsparteien ihre Annahmeerkunde beim Verwahrer hinterlegt haben; sie tritt nur für diese Vertragsparteien in Kraft, und zwar neunzig Tage nach dem Zeitpunkt, zu dem zwei Drittel der Vertragsparteien hinterlegt haben. Danach tritt für jede andere Vertragspartei die Änderung neunzig Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem sie selbst ihre Urkunde über die Annahme der Änderung hinterlegt (Absatz 3).

Zu Artikel 13

Artikel 13 regelt die Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens. Die Streitparteien bemühen sich um eine Lösung durch Verhandlungen oder durch ein anderes für sie annehmbares Verfahren. Sie können z. B. eine Vermittlung durch Dritte, einen Vergleich, einen Schiedsspruch, eine gerichtliche Entscheidung sowie die Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen vereinbaren, wie dies auch Artikel 33 der UN-Charta (BGBl. 1973 II S. 430) vorsieht.

Zu den Artikeln 14 bis 18

Die Artikel 14 bis 17 enthalten Bestimmungen über Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung, Beitritt, Inkrafttreten, Rücktritt und Hinterlegung. Artikel 14 Absatz 1 ermöglicht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Unterzeichnung des Übereinkommens, wovon diese am 14. November 1979 Gebrauch gemacht hat. Artikel 14 Absatz 2 nimmt auf die Kompetenzen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten im Hinblick auf das Übereinkommen Bezug. Das Übereinkommen betrifft Angelegenheiten, die teils in den Zuständigkeitsbereich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, teils in den der Mitgliedstaaten fallen.